



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 115-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.209

Eingereicht am: 09.06.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Vögeli (Frauenkappelen, glp) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Steuerrechtsverstösse

Der Kanton Bern weist eine ausserordentlich hohe Steuerbelastung – gerade für natürliche Personen – auf, die mittelfristig zu reduzieren ist. Damit eine Steuersenkung nachhaltig ist, bedarf es einer Gegenfinanzierung. Selbstfinanzierend ist eine Steuersenkung gemäss Untersuchungen im Umfang von ungefähr 25 Prozent. Die restlichen 75 Prozent können durch Minderausgaben oder auch durch Mehreinnahmen erfolgen, wobei bei Mindereinnahmen die Selbstfinanzierung auf Grund von Wechselwirkungen negativ sein kann. In diesem Zusammenhang scheint die Frage, wie die Einhaltung der Steuergesetze und damit die Realisierung der geschuldeten Steuern im Kanton sichergestellt werden, als nicht unerheblich.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele Selbstanzeigen wurden im Kanton Bern in den vergangenen 5 Jahren getätigt (aufgeschlüsselt nach Jahren, Delikten und Region)? Welche Nachsteuersummen wurden darauf bezahlt (aufgeschlüsselt nach Jahren, Delikten und Region)?
2. Wie viele Verfahren hat der Kanton wegen Verdacht auf Steuerverfahrensverletzung, Steuerbetrug oder Steuerhinterziehung eingeleitet, und wie viele davon wurden wie abgeschlossen (Aufschlüsselung nach Jahren, Delikt und Region)?
3. Wie hoch waren die geleisteten Bussen aufgeschlüsselt nach Jahren, Delikten, Regionen und Personengruppe (natürliche/juristische Personen)?
4. In wie vielen abgeschlossenen Strafverfahren wurde der Kanton von sich aus (ohne Hinweise von Externen) aktiv? in wie vielen Fällen erst nach Verfahrenseröffnung der ASU? In

wie vielen Fällen wurde die Untersuchungseröffnung auf Grund einer Meldung eines Gemeinwesens eröffnet? In wie vielen Fällen erfolgte die Untersuchungseröffnung auf Grund Hinweisen Dritter?

5. Bei wie vielen Verfahren oder Selbstanzeigen waren juristische Personen, bei wie vielen natürliche Personen steuerpflichtig?
6. Gibt es über die vergangenen 10 Jahre eine Tendenz zu weniger/mehr Steuerdelikten im Kanton Bern?

Verteiler

– Grosser Rat